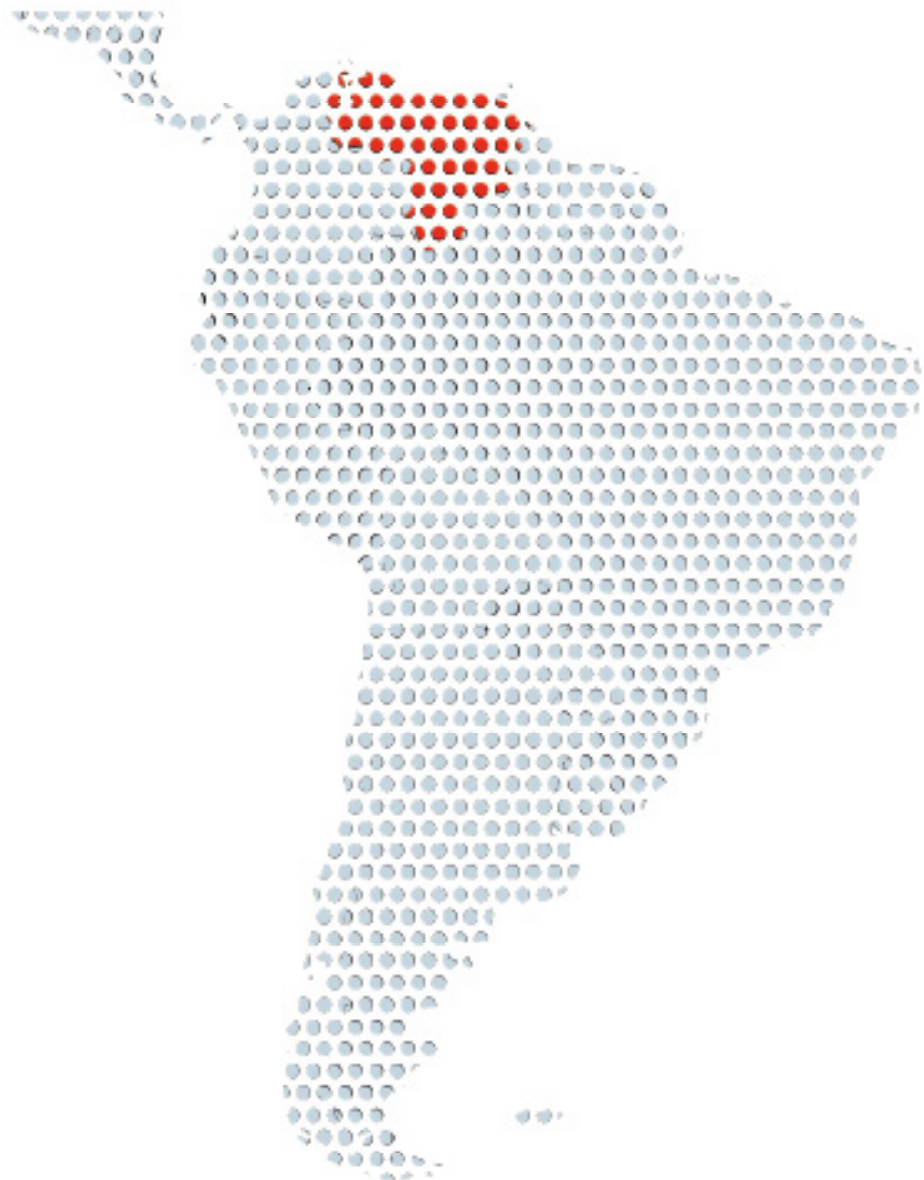


Venezuela

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

| | |
|------------------------|----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 2 |
|------------------------|----------|

| | |
|-----------------------------------------------------------|----------|
| GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR | 2 |
| Deutsche Rüstungsexporte | 4 |
| Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland | 6 |
| Militärausgaben | 7 |
| Lokale Rüstungsindustrie | 9 |
| Streitkräftestruktur | 9 |
| Bewaffung der Streitkräfte | 10 |
| Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft | 15 |
| Polizei und andere Sicherheitskräfte | 16 |

| | |
|---------------------------------------------------------------------|-----------|
| INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS | 18 |
| Einhaltung internationaler Verpflichtungen | 18 |
| Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | 19 |
| Innere Lage im Empfängerland | 21 |
| Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | 23 |
| Bedrohung von Alliierten | 25 |
| Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | 25 |
| Unerlaubte Wiederausfuhr | 27 |
| Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes | 28 |

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Venezuela

Die wichtigsten Waffenlieferanten für Venezuela sind Russland und China. Die USA waren zwar lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab und seit 2003 liefern die USA gar keine Waffen mehr in das lateinamerikanische Land.

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionären“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“.

Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Offiziere unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offiziere, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Inwiefern der Tod Hugo Chavez' und die Amtsübernahme durch Nicolás Maduro das Verhältnis zu den USA verbessern könnte, bleibt abzuwarten.

Unter der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so gab es unter Chavez eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen.

Unter Präsident Nicolás Maduro sollen politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betrifft offenbar nur aktive Militärs, nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutet der Schritt eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen soll eine stärkere Einheit schaffen und die Streitkräfte stärken.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Venezuela ist dem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Das Land hat bis heute keine nationale Gesetzgebung im Bereich der Anti-Personenminen. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Venezuela war als Exporteur von Antipersonenminen bekannt, hat die Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt.

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als insgesamt problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere auf den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten. Zudem gibt es Berichte über Folterungen, unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte.

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhängern deutlich verschärft. Dies hat bisher nicht nur zu einer erheblichen Verunsicherung der Wirtschaft, sondern auch zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen geführt.

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet, die im September 2015 einen neuen Höhepunkt erreichten, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Soldaten verletzt worden waren. Im Dezember 2004 kam es zudem zu Spannungen, als ein Kommandant der FARC-Guerilla auf venezolanischem Territorium von einer im Auftrag der kolumbianischen Regierung handelnden Söldnertruppe entführt wurde. Präsident Chavez verlangte eine förmliche Entschuldigung für diese „Verletzung der nationalen Souveränität“ und verstärkte die Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze. Auf der anderen Seite warfen Kolumbien und die Vereinigten Staaten Venezuela vor, feindliche Guerillaaktivitäten auf venezolanischem Territorium zu dulden. Im Februar 2005 wurde die Krise mit Kolumbien nach bilateralen Gesprächen entschärft. Bis Ende März 2016 soll ein Friedensabkommen unterzeichnet werden.

Spannungen mit den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Handelspartner Venezuelas, bestehen allerdings fort. Präsident Maduro wirft den Nordamerikanern vor, Umsturzversuche gegen ihn zu planen und die Wirtschaft zu sabotieren. Die USA verhängen seit 2014 Sanktionen gegen venezolanische Regierungsfunktionäre, die sie für Menschenrechtsvergehen und Korruption verantwortlich machen

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die Regierung Venezuelas geht aktiv gegen den Drogenschmuggel vor.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

| Jahr | Güter / in Prozent des Gesamtwertes | Gesamtwert |
|------|--------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1999 | IFF-Sekundärradarsystem: 90,7% | 0,77 |
| 2000 | IFF-Sekundärradarsystem: 53,4%; Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 46,6% | 0,64 |
| 2001 | Teile für Mannschaftstransporter: 72,3% | 0,16 |
| 2002 | Teile für militärische Fahrzeuge: 95,2% | 0,20 |
| 2003 | Teile für LKW (Anteil nicht erwähnt) | 0,23 |
| 2004 | Teile für U-Boote: 99,0% | 37,37 |
| 2005 | Hydrophone: 50,8%; Geländewagen: 48,5% | 0,64 |
| 2006 | Funküberwachungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung | 21,93 |
| 2007 | Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 99,6% | 7,31 |
| 2008 | Teile für U-Boote: 100% | 9,0 |
| 2013 | Geländewagen mit Sonderschutz (Botschaft): 100% | 0,19 |
| 2014 | - | - |
| 2015 | - | - |
| 2016 | - | - |

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

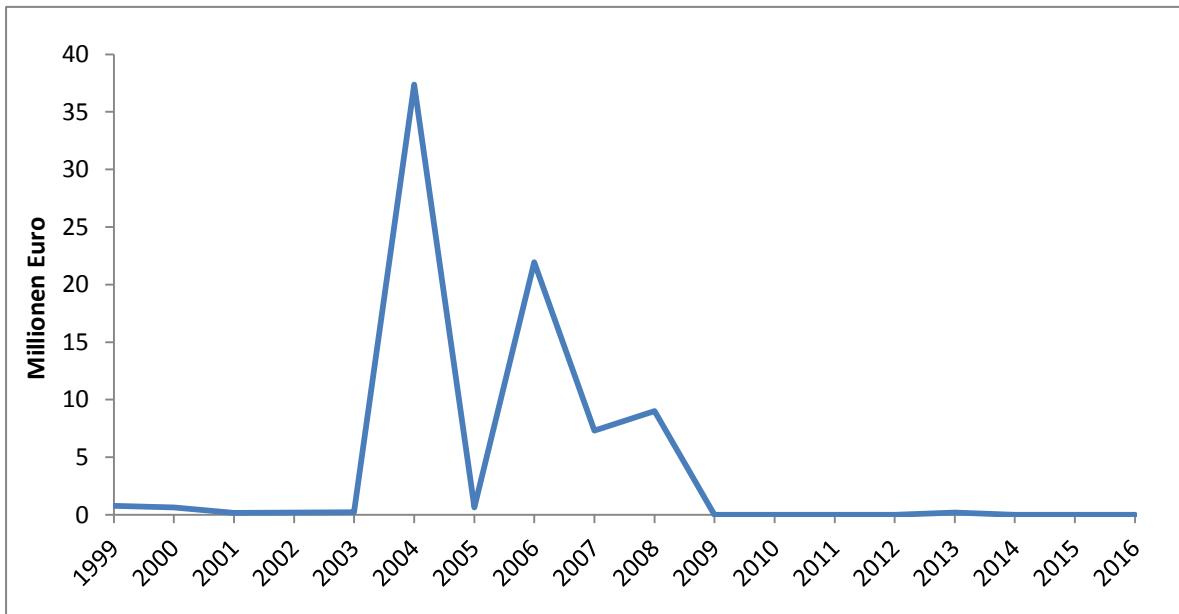


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Venezuela 2000-2016

| Anzahl | Bezeichnung | Waffenkategorie | Bestell-Jahr | Liefer-Jahre | Bisher geliefert | Kommentar |
|--------|-------------|----------------------------|--------------|--------------|------------------|----------------------|
| 4 | MTU-1163 | Dieselmotor | 1998 | 2002 | 4 | Für 2 Lupo Fregatten |
| 32 | MTU-1163 | Dieselmotor | (2006) | 2009-2012 | 28 | |
| (8) | Do-228 | Leichtes Transportflugzeug | 2013 | 2014 | (2) | |
| 2 | Do-228 | Leichtes Transportflugzeug | 2013 | 2014 | 2 | Gebraucht |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Zwischen 2012 und 2016 lieferte Deutschland Rüstungsgüter im Wert von insgesamt ca. 12 Millionen Euro nach Venezuela. 2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen einer Lieferung von U-Boot-Teilen stark an. Ansonsten besteht der

Großteil der deutschen Lieferungen aus Teilen für U-Boote und militärische Fahrzeuge und Sekundärradarsysteme. Komplette Großwaffensysteme wurden nicht exportiert. In den Jahren 2014 bis 2016 wurden dann überhaupt keine Rüstungsgüter mehr aus Deutschland an Venezuela geliefert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Venezuela 2012-2016, Mio. USD

| Jahr | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2012-2016 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | 680 | 1165 | 171 | 162 | 37 | 2215 |

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Venezuela 2012-2016, Mio. USD

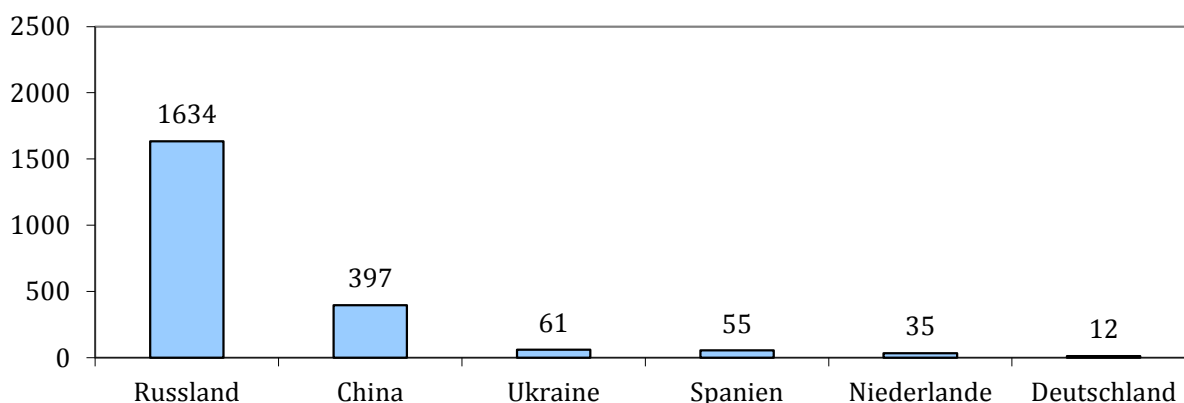
| Jahr | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2012-2016 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | 8 | - | 4 | - | - | 12 |

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand März 2017) rangiert Venezuela zwischen 2012 und 2016 an der 17. Stelle unter den weltweit größten Waffenimporteuren. Traditionell waren die Vereinigten Staaten lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab. Seit 2003 liefern die USA keine Waffen mehr in das lateinamerikanische Land. Venezuela kauft seitdem verstärkt Waffen in Russland ein. Mittlerweile ist Russland der wichtigste Lieferant von Waffen für Venezuela und exportierte zwischen 2012 und 2016 Waffen im Wert von 1,63 Milliarden Dollar.

Des Weiteren baute Venezuela die Kooperation zu China weiter aus. Chinesische Lieferungen zwischen 2012 und 2016 beliefen sich auf rund 397 Millionen Dollar. 2012 schlossen China und Venezuela einen 500-Millionen-Dollar-Handel ab, der unter anderem jeweils 25 Trainingsflugzeuge des Typs VN-16s und VN-18s umfasst, sowie 40 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs VN1. Im März 2016 empfing Venezuela sechs von neun bestellten Trainingsflugzeugen des Typs Hongdu K-8W aus China, welche unter anderem drei durch Unfälle verlorene Flugzeuge ersetzen. Im Rahmen eines Programmes zur Neuausrüstung aller fünf Militäreinheiten Venezuelas wurden im Juni 2015 557 Fahrzeuge aus China geliefert. Insgesamt soll das Programm 2.106 Fahrzeuge umfassen und bis 2016 vollendet sein.

Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela gelten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. So ist die venezolanische Luftwaffe unter anderem mit russischen Su-30MK2s ausgestattet. Im Jahr 2010 wurde bei einem Besuch Putins, damals als russischer Ministerpräsident, über ein weiteres Rüstungsgeschäft im Wert von fünf Milliarden US-Dollar verhandelt. Die gesamten Verträge zwischen den beiden Ländern umfassen umgerechnet elf Milliarden USD, teilte Rosoboroneksport dem russischen Parlament am 13. Mai 2013 mit. Im November 2015 wurde bekannt, dass das Land weitere 12 Su-30 Kampfflieger von Russland bestellen will, im Rahmen eines Vertrags in Höhe von rund 480 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde angekündigt, Venezuela wolle die Summe der Waffenimporte aus Russland und China in den kommenden Jahren ausbauen.

Doch auch EU-Staaten beliefern Venezuela mit Rüstungsgütern, wie etwa Spanien, das vier Patrouillenboote des Typs PC-21 Guaiqueri verkaufte sowie die Niederlande, die zahlreiche Ausrüstungsgegenstände für die spanischen Kriegsschiffe lieferten. Im Juli 2014 wurde die Auslieferung von acht Küstenpatrouillenbooten aus spanischer Produktion (vier der Guaiquerí-Klasse und weitere vier der Guaicamacuto-Klasse aus der spanischen Werft Navantia) abgeschlossen, ungeachtet der US-amerikanischen Intervention bei verschiedenen Rüstungsgeschäften. Die venezolanische Marine ist seit diesem Modernisierungsprogramm sehr gut aufgestellt sein und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein.

Im April 2015 erhielt das venezolanische Militär darüber hinaus 24 DA40NG Tundra Star und sechs DA42VI Twin Trainingsflugzeuge der österreichischen Luftwaffe.

Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes, womit eine Hyperinflation und sinkende Ölpreise einhergehen, sind eine deutliche Verringerung der Militärausgaben und stark reduzierte Waffenkäufe abzusehen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

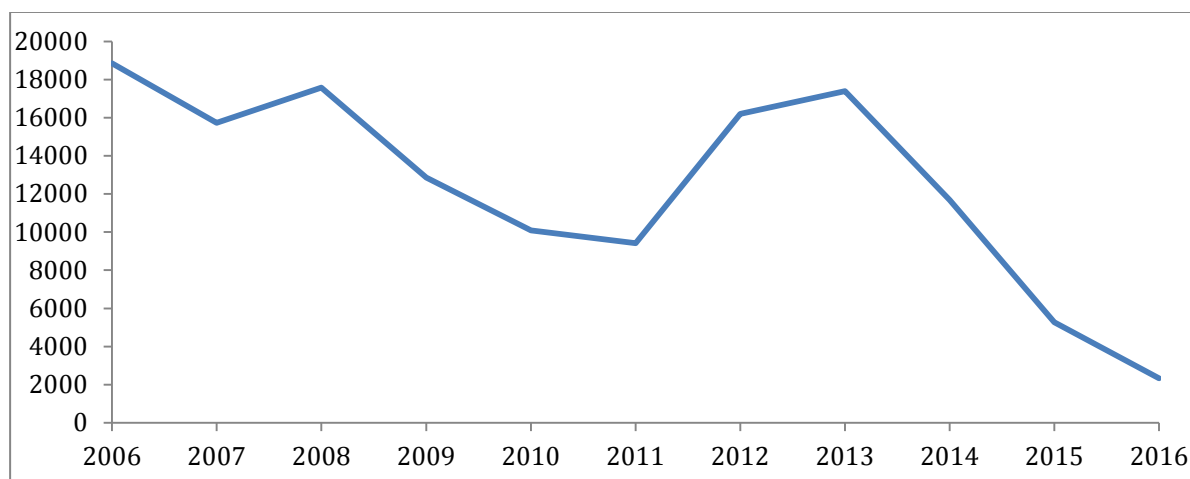
| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|------------------------------------------|-------|-------|-------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 16208 | 17389 | 11692 | 5265 | 2336 |
| Anteil am BIP (in Prozent) | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 0,5 | 0,3 |
| Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent) | 3,2 | 3,5 | 2,5 | 1,1 | 0,7 |

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

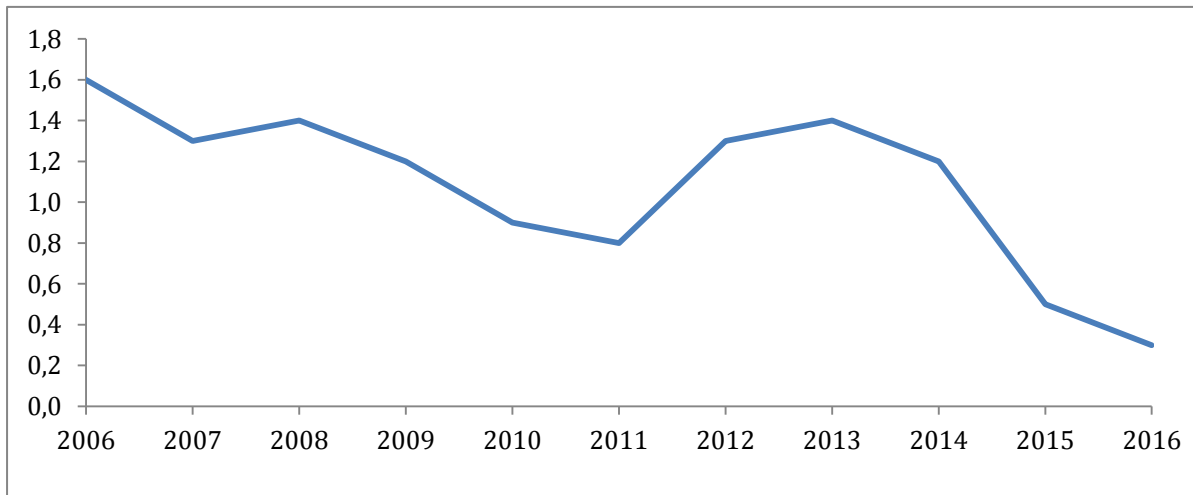


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die venezolanische Rüstungsindustrie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Herstellung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen. Die 1975 gegründete größte Waffenfirma, Compañía Anonima Venezolana de Industrias Militares (CAVIM) mit Sitz in der Hauptstadt Caracas stellt u.a. mit Lizenz und Unterstützung der belgischen Firma Fabrique Nationale Herstal das automatische Sturmgewehr FN FAL her. Bereits 2006 gab es erste Gespräche mit Russland im Rahmen einer allgemein intensiveren Rüstungskooperation zwischen den Ländern über den Bau von Rüstungsfabriken zur Herstellung des Sturmgewehrs Kalaschnikow und entsprechender Munition. Meldungen zu Folge hat Ende 2009 der Bau dieser Fabriken begonnen. Nach Fertigstellung der Fabriken in dem Bundesstaat Aragua sollen sie bis zu 1500 Menschen einen Arbeitsplatz bieten. Über den Stand der Bauarbeiten oder ein genaues Fertigstellungsdatum sind keine Informationen verfügbar. Zu Beginn 2011 kam es zu einer großen Explosion in einem Waffen- und Munitionsdepot in dem Bundesstaat Aragua.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 30 Monate (selektiv)

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

115.000 aktiv, davon:

Heer: 63.000

Marine: 17.500

Luftwaffe: 11.500

Nationalgarde: 23.000

Zusätzlich:

Reserve: 8.000

Paramilitär: 150.000, davon:

Bolivarische National e Miliz: ca. 150.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016**

| | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|--------------------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Aktive in 1.000 (IISS) | 115 | 115 | 115 | 115 | 115 | 115 | 115 | 115 | 115 |
| Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen) | 4,1 | 4,1 | 3,9 | 3,9 | 3,9 | 3,8 | 3,8 | 3,8 | 3,7 |

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte**Tabelle 7****Heer**

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------------------|--------|-----------|
| Schwere Panzer | 173 | |
| Leichte Panzer | 109 | |
| Schützenpanzer | 237 | |
| Gepanzerte Mannschaftstransporter | 81 | |
| Aufklärer | 121 | |

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------|--------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bergepanzer | 5 | |
| Brückenlegepanzer | Einige | <i>Leguan</i> |
| Transportflugzeuge | 28 | u.a. Beech 300 King Air; Cessna 182 <i>Sky-lane</i> |
| Kampfhubschrauber | 10 | |
| Mehrzweckhubschrauber | 33 | |
| Transporthubschrauber | 9 | |
| Artillerie | Mehr als 515 | |
| Panzerabwehr | 250 | Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte (175 M40A1) und Geschütze (75 M18 <i>Hellcat</i>); zusätzlich einige Panzerabwehr-lenkwaffen IMI MAPATS |
| Radar | Einige | RASIT |

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Der Großteil der Waffensysteme des Heeres stammt aus den Vereinigten Staaten, viele davon sind aber bereits sehr veraltet. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab, und Venezuela kaufte verstärkt Waffen in Russland. Mittlerweile ist Russland vor China der wichtigste Lieferant von Waffen für Venezuela und exportierte zwischen 2010 und 2014 Waffen im Wert von 1,96 Milliarden Dollar. Berichten zufolge konkurrieren derzeit mehrere europäische Rüstungsfirmen um einen Vertrag zur Produktion und Lieferung von ca. 200 gepanzerten Fahrzeugen, die vermutlich vor allem zur Bekämpfung innerer Unruhen genutzt werden sollen. Im Rahmen eines Programmes zur Neuausrüstung aller fünf Militäreinheiten Venezuelas, wurden im Juni 2015 557 Fahrzeuge aus China geliefert, insgesamt soll das Programm 2.106 Fahrzeuge umfassen und bis 2016 vollendet sein. Im Februar 2005 wurde erstmalig bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. Die komplette Lieferung wurde 2006 getätigt. Die neuen Gewehre sollen nach offiziellen Angaben die bisherige Standard-Waffe der Infanterie, die belgische FN FAL, ersetzen. Seit 2010 produziert die venezolanische Rüstungsfirma CAVIM die AK-103 zudem selber.

Durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte insbesondere mit Russland sind auch die Waffensysteme des Heeres modernisiert und ersetzt worden.

Auffallend ist der massive Rückgang von Aufklärern in den vergangenen Jahren.

Tabelle 8

Marine

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|----------------------------|--------|-----------|
| U-Boote | 2 | |
| Fregatten | 6 | |
| Patrouillenboote | 10 | |
| Amphibienfahrzeuge | 7 | |
| Logistik und Unterstützung | 10 | |

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 2**Marineflieger**

2 Seeaufklärer (alle kampffähig)

7 Transportflugzeuge

12 Mehrzweckhubschrauber

5 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

1 Ausbildungshubschrauber

1 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 3**Marineinfanterie**

37 gepanzerte Mannschaftstransporter (EE-11 Urutu)

11 Amphibienfahrzeuge zu Angriffszwecken (LVTP-7)

1 Pionierpanzer(AAVR7)

Mehr als 15 Schützenpanzer

14 Amphibienfahrzeuge (Landungsboote)

23 Patrouillenboote (18 Constancia; 3 Terepaima; 2 Manaure)

30 Artilleriegeschütze

Panzerabwehr: Rückstoßfreie Abschussgeräte (M3 Carl Gustav; M40A1)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 4**Küstenwache**

22 Patrouillenboote

5 Schiffe für Logistik und Unterstützung

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Venezuelas Marine befindet sich derzeit in einem umfassenden Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess, mit dem Ziel, die Marine in eine green-water/brown-water navy (Operationsradius sind die Küstengewässer und regionale Meere) umzubauen. Gegenwärtig beschränken sich die maritimen Fähigkeiten Venezuelas auf Überwachung der Küsten und befähigt sie, als Strafvollstreckungsakteur zur See in Erscheinung zu treten. Die geplante Anschaffung mehrerer russischer U-Boote, neuer Fregatten, einzelner amphibischer Kampfschiffe sowie leichter Hubschrauberträger würden die Kapazitäten der venezolanischen Marine deutlich erweitern und verbessern. Spanische Fregatten, ausgestattet mit modernen Waffensystemen, spielen dabei eine zentrale Rolle.

Berichten zu Folge haben sowohl Spanien (CN-235 Seeaufklärer) als auch Frankreich (drei U-Boote der Scorpene Klasse) Rüstungsgeschäfte unter zunehmenden Druck der USA zurückgezogen, da die USA in weiteren Rüstungsgeschäfte die Gefahr sehen, dass die militärische Balance der Seestreitkräfte in der Region negativ verändern würden. Im Juli 2014 wurde zudem die Auslieferung von acht Küstenpatrouillenboten aus spanischer Produktion (vier der Guaiquerí-Klasse und weitere vier der Guaicamacuto-Klasse aus der spanischen Werft Navantia) abgeschlossen. Die venezolanische Marine ist seit diesem Modernisierungsprogramm gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein.

Tabelle 9**Luftwaffe**

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|--------------------------------------------|--------|--------------------------------------------------------------------------|
| Jagdbomber | 31 | |
| Abfangjäger | 23 | |
| Kampfflugzeuge | 7 | |
| Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung | 4 | |
| Ausbildungsflugzeuge | 75 | Davon 42 kampffähig (EMB-312 <i>Tucano</i> ; K-8W <i>Karakorum</i>) |
| Tankflugzeuge | 1 | |
| Transportflugzeuge | 74 | Davon einige C-130H <i>Hercules</i> eingelagert und 5 Passagierflugzeuge |

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------|--------|------------------------------------------------------|
| Mehrzweckhubschrauber | 8 | |
| Transporthubschrauber | 15 | |
| Raketen | Einige | U.a. AIM-9L/P <i>Sidewinder</i> ; AS-18 <i>Kazoo</i> |

Quelle: IISS *Military Balance 2017*

Box 5

Luftverteidigungskommando

Luftabwehr: Mehr als 440 Geschütze (u.a. ca. 200 ZSU-23-2; 114 TCM-20) und einige Flugabwehr-
raketen (u.a. SA-17 *Grizzly*; SA-3 *Goa*)

Einige Radare (*Flycatcher*)

Quelle: IISS *Military Balance 2017*

Kommentar

Derzeit betreibt Venezuela ein ehrgeiziges Modernisierungs- und Beschaffungsprojekt, das insbesondere die Luftwaffe betrifft. Seit 2010 hat Venezuela Transportflugzeuge von China geordert, sowie Panzer. Von Russland bekam das Land Boden-Luft-Raketen, Panzerabwehr-Raketen, Artillerie und Helikopter. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela gelten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. So ist die venezolanische Luftwaffe unter anderem mit russischen Su-30MK2s ausgestattet. Im November 2015 wurde bekannt, dass das Land weitere 12 Su-30 Kampfflieger von Russland bestellen will, im Rahmen eines Vertrags in Höhe von rund 480 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde angekündigt, Venezuela wolle die Summe der Waffenimporte aus Russland und China in den kommenden Jahren ausbauen

Es wird ebenfalls geplant, Militärflugzeuge des Typs „Super Tucano“ des brasilianischen Produzenten Embraer zu beschaffen. Gerüchte über eine geplante Lieferung von etwa 50 modernen MiG-29 Kampfflugzeugen aus Russland haben sich nicht bestätigt. Die venezolanische Luftwaffe ist unter anderem mit russischen Su-30MK2s ausgestattet. Im November 2015 wurde bekannt, dass das Land weitere 12 Su-30 Kampfflieger von Russland bestellen will, im Rahmen eines Vertrags in Höhe von rund 480 Millionen Dollar. Im April desselben Jahres empfing Venezuela 30 Ausbildungsflugzeuge des österreichischen Konzerns Diamond Aircraft, welche insbesondere für das neu errichtete fliegerische Trainingszentrum der venezolanischen Streitkräfte genutzt werden.

Box 6

Nationalgarde

44 gepanzerte Mannschaftstransporter (davon 20 ältere UR-416 (Deutschland/Rheinmetall))

3 Ausbildungsflugzeuge

34 Transportflugzeuge

5 Ausbildungshubschrauber

13 Mehrzweckhubschrauber

19 Transporthubschrauber

34 Patrouillenboote

50 Mörser mit 81mm

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 7

Peacekeeping

Venezuela nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“. Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Offiziere unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offiziere, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Die Oberbefehlshaber von Heer und Nationalgarde verweigerten Chavez ihren Gehorsam, und der Präsident des Arbeitgeberverbandes erklärte sich zum Übergangspräsidenten. Allerdings konnte sich nur wenige Tage später der linke Flügel in der Armee gegen die Putschisten durchsetzen, so dass Chavez bereits am 14. April seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen konnte. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Viele oppositionelle Offiziere sind bis zum

Tode Chavez' entweder ins Ausland geflüchtet, wurden verurteilt, entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt. Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes, sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Chavez äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung Die Welt dazu folgendermaßen: „Wir müssen die Rolle der Streitkräfte radikal neu definieren: Die Zeit der Militärdiktaturen ist vorbei, aber das Militär darf auch nicht dazu verurteilt werden, zusehen zu müssen, wie eine korrupte Funktionärskaste das Land kaputt macht. Das Militär ist traditionell zuständig für die Sicherheit und Verteidigung der Nation. Wir wollen, dass es teilnimmt am sozialen Aufbau; es soll Brücken und Krankenhäuser bauen, Straßen reparieren und im Erziehungsbereich aktiv werden. Kurz: Es soll sich nützlich machen, um Venezuela voranzubringen - allerdings immer nur in einem demokratischen Rahmen und damit der Politik untergeordnet.“ Die sogenannte zivil-militärische Union soll die Entwicklungen früherer Jahrzehnte beheben, in denen das Militär häufig von der Bevölkerung getrennt war. Das neue Ziel Chavez war es – wie in dem Interview beschrieben –, dass Militär so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren und sie zum Teil der Bevölkerung machen. Allerdings wird von vielen Beobachtern eben das Fehlen eines solchen „demokratischen Rahmens“ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkt die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen. Präsident Chavez, der am 7. Oktober 2012 in seinem Amt bestätigt wurde, hat angekündigt, die militärischen Reservekräfte des Landes durch die Bildung von kleinen Verteidigungseinheiten auf Gemeindeebene, die zwischen 10 und 500 Personen umfassen sollen, zu vergrößern. Unter Präsident Nicolás Maduro sollen politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betrifft offenbar nur aktive Militärs und nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutet der Schritt eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen soll eine stärkere Einheit schaffen und die Streitkräfte stärken.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|-------------------------------------------|------|------|------|------|------|
| Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit | - | - | - | - | - |

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet. Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Kommentar

Die Polizei in Venezuela ist dezentralisiert und stark zergliedert. Die Behörde, welche sich am ehesten mit Polizeiarbeit beschäftigt ist die *Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas* (CICPC). Sie ist für Strafverfolgung und forensische Arbeit verantwortlich und hat etwa 8.000 Beamte. Die 23 Bundesstaaten Venezuelas haben außerdem ihre eigenen Polizeieinheiten und kommen zusammen auf etwa 50.000 Beamte. Zusätzlich gibt es die *Dirección de los Servicios de Inteligencia y Prevención* (DISIP), einen Inlandsgeheimdienst, welcher dem Ministerium für Inneres und Recht untersteht. Als interne Sicherheitsbehörde ist sie insbesondere mit Gegenspionage betraut, wird jedoch seitens verschiedener Menschenrechtsgruppen immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht.

Seit 2009 hat Venezuela im Rahmen einer Polizeireform auch eine neue nationale Polizei. Diese *Policía Nacional Bolivariana* (PNB) hat eine deutlich höhere Erfolgsquote in der Kriminalitätsbekämpfung im Vergleich zu lokaler Strafverfolgung und Prävention. Die Beamten der PNB verdienen außerdem deutlich mehr als andere Polizisten in Venezuela. Je nach Lage wird auch die Nationalgarde, *Guardia Nacional de Venezuela*, zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und weiteren polizeilichen Tätigkeiten heran gezogen. Sie hat über 25.000 Mann und ist mit rund 40 deutschen gepanzerten Fahrzeugen des Typs UR-416 ausgestattet. Zusätzlich verfügt Sie noch über etwa 50 leichte Flugzeuge und Hubschrauber.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|----------------|
| Chemiewaffen-Protokoll von 1928 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Äußerer Weltraumvertrag von 1967 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Chemiewaffen-Konvention von 1997 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Übereinkommen über Streumunition von 2010 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |

Kommentar

Venezuela ist dem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Das Land hat bis heute keine nationale Gesetzgebung im Bereich der Anti-Personen-Minen. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35,000 von 46,000 Anti-Personen-Minen zerstört. Es war als Exporteur von Antipersonenminen bekannt, hat ihre Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt. Nachrichten über den illegalen Handel an der Grenze zu Kolumbien bleiben bestehen, konnten allerdings nicht bestätigt werden.

Gegen Venezuela sind derzeit weder UN noch EU Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------------------------------------------------------|
| Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2015**

Venezuela is formally a multiparty, constitutional republic, but for more than a decade, political power has been concentrated in a single party with an increasingly authoritarian executive exercising significant control over the legislative, judicial, citizen, and electoral branches of government. Nicolas Maduro won the presidency in 2013 by a 1.5 percent margin amid allegations of pre- and post-election fraud, including government interference, the use of state resources by the ruling party, and voter manipulation. The executive-controlled electoral and judicial bodies rejected the opposition's claims and refused to conduct a full audit of the electoral process. These bodies, however, accepted the results of the December 6 election in which a coalition of opposition parties won two-thirds of the seats in the Legislative Assembly, ending the governing party's control of that body. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Principal human rights abuses reported during the year included use of the judiciary to intimidate and selectively prosecute government critics; indiscriminate police action against civilians leading to widespread arbi-

trary detentions and unlawful deprivation of life; and government actions to impede freedom of expression and restrict freedom of the press. The government arrested and imprisoned opposition figures and did not respect judicial independence or permit judges to act according to the law without fear of retaliation. The government blocked media outlets, and harassed and intimidated privately owned television stations, other media outlets, and journalists throughout the year using threats, fines, property seizures, arrests, criminal investigations, and prosecutions. Nongovernmental organizations (NGOs), the media, and government agencies reported extrajudicial killings by police and security forces; torture and other cruel, inhuman, or degrading treatment; harsh and life-threatening prison conditions and lack of due process rights that contributed to widespread violence, riots, injuries, and deaths in prisons; inadequate juvenile detention centers; corruption and impunity in the police; arbitrary arrests and detentions; abuse of political prisoners; interference with privacy rights; lack of government respect for freedom of assembly; lack of protection for Colombian migrants; corruption at all levels of government; threats against domestic NGOs; violence against women; anti-Semitic statements by senior government officials; trafficking in persons; violence based on sexual orientation and gender identity; and restrictions on workers' right of association. The government sometimes took steps to punish lower-ranking government officials who committed abuses, but there were few investigations or prosecutions of senior government officials. Impunity remained a serious concern in the security forces.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2015
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

Box 9

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2015/2016

Human rights defenders and journalists continued to face attacks and intimidation. Political opponents of the government faced unfair trials and imprisonment. There were further reports of excessive use of force by the police and security forces resulting in dozens of deaths, some in circumstances suggesting that they were unlawful killings. Most of those responsible for grave human rights violations during the 2014 protests were not brought to justice and there were concerns about the independence of the judiciary. Colombian refugees and asylum-seekers were deported, forcibly evicted and ill-treated. Prison overcrowding and violence continued. Survivors of gender-based violence faced significant obstacles in getting access to justice.

Quelle: Amnesty International Report 2015/2016
<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/venezuela/>

Box 10

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Venezuela auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 5

Politische Rechte: 6

Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 11

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017

The ruling political movement formed by late president Hugo Chávez has presided over a deterioration in democratic institutions since 1999, but conditions have grown sharply worse in recent years due to a concentration of power in the executive and harsher crackdowns on the opposition. The opposition-controlled legislature's powers have been curtailed by a politicized judiciary that serves the executive's interests. Government corruption is pervasive, and law enforcement has proven unable to halt violent crime. The authorities have restricted civil liberties and prosecuted perceived opponents without regard for due process.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/venezuela>

Kommentar

Trotz der liberalen Verfassung, ist die Menschenrechtslage in Venezuela als insgesamt problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere für den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten. Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen, sowie korrupte Gerichte sind weit verbreitet.

Innere Lage im Empfängerland

Box 12

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2016)

Venezuela ist nach der Verfassung von 1999 ein demokratischer Bundesstaat mit 23 Einzelstaaten und einem Hauptstadt distrikt (Distrito Capital). Die Verfassung enthält einen umfassenden Grundrechtskatalog. Die Todesstrafe ist abgeschafft. Die Mitwirkung der Bürger am politischen Prozess soll durch Elemente der direkten Demokratie gewährleistet werden. Die ausführende Gewalt liegt beim Präsidenten der Republik und seiner Regierung. Der Präsident wird in direkter Wahl in einem Wahlgang auf sechs Jahre gewählt. Seit dem Verfassungsreferendum vom 15. Februar 2009 besteht die unbeschränkte Möglichkeit der Wiederwahl. Nach Ablauf der Hälfte seiner Amtszeit kann ein Präsident per Referendum abberufen werden. Der Präsident ernennt und entlässt den Vizepräsidenten sowie die Minister seines Kabinetts. Die gesetzgebende Gewalt übt die Nationalversammlung aus, deren Abgeordnete auf fünf Jahre gewählt werden. Diese kann durch 3/5-Mehrheit zeitlich und inhaltlich begrenzt an den Präsidenten übertragen werden (sogenanntes Ley Habilitante, deutsch: Ermächtigungsgesetz). Von dieser Regelung haben in der jüngeren Geschichte Venezuelas praktisch alle Präsidenten Gebrauch gemacht. Präsident Maduro regierte erstmalig von November 2013 an für ein Jahr per Ermächtigungsgesetz, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. In dieser Zeit hat er 55 Gesetze dekretiert. Im Dezember 2015 lief die vorerst letzte Ermächtigung aus. Die 23 Bundesstaaten verfügen über einen geringen finanziellen Spielraum und sind auf Zuweisungen

aus dem gesamtstaatlichen Etat angewiesen. An der nationalen Gesetzgebung sind sie seit Abschaffung des Senats und Einführung des Einkammersystems durch die Verfassung von 1999 nicht mehr beteiligt. Bereits vor der letzten Wahl im Dezember 2015 war die venezolanische Gesellschaft tief in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die sozialistischen Anhänger des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez, der in seiner Amtszeit von 1999 bis 2013 sein Projekt der "Bolivarischen Revolution" betrieb. Erklärtes Ziel war die Umverteilung der Öleinnahmen zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten. Auf der anderen Seite steht eine breit gefächerte Oppositionskoalition aus rechtskonservativen wie linksliberalen, christlichen wie gewerkschaftlichen Kräften. Bei Demonstrationen gegen die Regierung im Frühjahr 2014 gab es über 40 Tote auf beiden Seiten und die Polarisierung verschärfte sich weiter. Im Februar 2015 gab es eine nochmalige Verschärfung, als die Regierung der Opposition vorwarf, mit Unterstützung der USA einen Militärputsch zu planen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Venezuela/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Venezuela auf Platz 166 (2015: Platz 158), zusammen mit dem Irak. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhängern in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat bisher nicht nur zu einer erheblichen Verunsicherung der Wirtschaft, sondern auch zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen geführt. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Konflikt im Dezember 2002 und Januar 2003 mit einem zwei Monate andauernden Generalstreik. Allerdings konnte die aus Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und anderen politischen Gruppen bestehende Opposition ihr Ziel, den Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen, nicht erreichen. Ebenso scheiterte ein von ihnen eingeleiteter Volksentscheid über die Amtsenthebung von Chavez, als dieser im August 2004 mit 58 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Obwohl internationale Beobachter keine Unregelmäßigkeiten bei der Wahl feststellen konnten, erkannte das Oppositionsbündnis die Ergebnisse nicht an. Auch während der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006, aus denen Hugo Chavez erneut als Sieger hervorging, kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Chavez-Sympathisanten und Oppositionsanhängern. Sicherheitskräfte gingen in der Regel unverhältnismäßig brutal gegen Demonstranten vor. Auch im Jahr 2009 kam es erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Regierungstreuen und Oppositionellen im Zuge derer es zu einem Todesopfer auf Seiten der Oppositionellen kam. Anlass der Proteste waren Einschnitte in dem Sozialsystem, allgemeines Mismanagement der Regierung sowie die weiterhin bestehenden Defizite in der Stromversorgung. Es gibt einen zweiten, latenten Konflikt zwischen der indigenen Urbevölkerung Venezuelas, deren Zahl auf ca. 316.000 geschätzt wird, und den ihren Lebensraum gefährdenden Goldgräbern und Großgrundbesitzern. Die Verfassung von 1999 räumt den indigenen Gruppen allerdings umfassende Rechte ein. Dennoch sind bis heute diese

Rechte nicht allumfassend umgesetzt, so dass es immer wieder zu lokalen Zwischenfällen kommt.

2014 kam es zudem zu massiven Protesten gegen die sozialistische Regierung von Präsident Maduro, an denen insbesondere Studenten beteiligt waren. Seitdem wächst im tief gespaltenen Venezuela die Wut der Regierungsgegner, was nicht zuletzt aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation resultiert. Die Inflation liegt in Venezuela bei fast 50 Prozent, die Kriminalität steigt. Auch Anfang 2015 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Das venezolanische Parlament stimmte im Januar 2017 einem Beschluss zur Entmachtung des Präsidenten Maduro wegen Nichterfüllung seiner Pflichten zu und forderte mit den Stimmen der oppositionellen Parlamentsmehrheit vorgezogene Neuwahlen. Ein symbolischer Akt, da dem Parlament diese Kompetenz laut Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nicht zusteht. Daraufhin ließ die Regierung in Venezuela mehrere inhaftierte Regierungskritiker frei, darunter den früheren Präsidentschaftskandidat Manuel Rosales. Mindestens 100 Gegner der Regierung Maduro sind derzeit allerdings noch inhaftiert.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Venezuela hat eine Fläche von insgesamt 912.050 Quadratkilometern und liegt im nördlichen Teil Südamerikas. Es grenzt im Norden an das karibische Meer, im Westen an Kolumbien, im Süden an Brasilien, Peru und Ecuador und im Osten an Guyana.

Politische Situation in der Region

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Einen Höhepunkt erreicht der Konflikt zwischen Kolumbien und Venezuela im April 2009 als venezolanische Truppen eine provisorische Brücke, die beide Staaten miteinander verband, in die Luft sprengten und einen kolumbianischen Soldaten auf venezolanischem Territorium verhafteten. Die Ankündigung des kolumbianischen Verteidigungsministers, eine neue militärische Basis in der Grenzregion von Guajira aufzubauen, veranlasste Venezuela zur Verlegung von 40 Panzern und Kampfhubschraubern in die Region. Auch im September 2015 eskalierte der Streit, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Soldaten verletzt worden waren. Im Dezember 2004 kam es zudem zu Spannungen, als ein Kommandant der FARC-Guerilla auf venezolanischem Territorium von einer im Auftrag der kolumbianischen Regierung handelnden Söldnertruppe entführt wurde. Präsident Chavez verlangte eine förmliche Entschuldigung für diese „Verletzung der nationalen Souveränität“ und verstärkte die Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze. Auf der anderen Seite warfen Kolumbien und die Vereinigten Staaten Venezuela vor, feindliche Guerillaaktivitäten auf venezolanischem Territorium zu dulden, bzw. gar

zu „unterstützen“. Im Februar 2015 wurde die Krise nach bilateralen Gesprächen entschärft. Bis Ende 2016 soll ein Friedensabkommen unterzeichnet werden.

Spannungen mit den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Handelspartner Venezuelas, bestehen allerdings fort. Im März 2005 verzögerte Washington anscheinend die Lieferung von Ersatzteilen für Kampfflugzeuge der venezolanischen Luftwaffe. Hintergrund waren Bedenken, Venezuela könnte eine geplante Lieferung von 100.000 Sturmgewehren aus Russland dazu nutzen, kolumbianische Rebellen mit Waffen zu versorgen. Präsident Chavez drohte im Gegenzug mit der Einstellung von Öllieferungen. Es gibt schon seit langem viele Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern, zum Beispiel bezüglich der unterschiedlichen Beziehungen zu Kuba, dem Iran oder Libyen. Die jüngsten Drohungen von Chavez vor seinem Tod waren aber nach Meinung einiger Beobachter vor allem eine Strategie, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und sich als „Opfer des US-Imperialismus“ der Kritik zu entziehen. Eine wirkliche Annäherung beider Länder ist jedoch auch nach dem Tode Chavez' im März 2013 bis heute nicht erkennbar.

Venezuela ist seit 2012 Vollmitglied in der südamerikanischen Wirtschaftsunion „MERCOSUR“, der zurzeit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Als Gegenprojekt zur gescheiterten US-amerikanischen Plänen der Gründung einer Panamerikanischen Freihandelszone (ALCA) trieb Venezuela die Ausweitung der „Alternativa Bolivariana para América Latina – ALBA“ voran.

Grenzkonflikte

Zwischen Venezuela und Kolumbien besteht weiterhin ein Konflikt um die Monjes Inseln. Darüber hinaus bestehen in der Region zahlreiche ungeklärte Grenzkonflikte, die immer wieder zu diplomatischen Spannungen führen. Im September 2015 erreichten die Grenzkonflikte einen neuen Höhepunkt, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Soldaten verletzt worden waren. Maduro begründet seine Maßnahmen damit, sein Land vor paramilitärischen Angriffen und Schmugglern aus Kolumbien schützen zu wollen. Die Grenzregion ist vorwiegend unter paramilitärischer Kontrolle und dient an manchen Stellen den Guerillakämpfern als Rückzugsgebiet. Maduro warf dem Nachbarland vor, die Situation zu dulden und damit zur Destabilisierung der venezolanischen Wirtschaft beizutragen.

Regionale Rüstungskontrolle

Während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Rüstungskontrollanstrengungen, die jedoch weitestgehend unwirksam blieben. Besonders der Vertrag über eine Nuklearwaffenfreie Zone in Lateinamerika, ist hier zu nennen. Zusätzlich gibt es eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, die zum Ziel haben, Transparenz bei Rüstungsimporten und -exporten zu erhöhen (OAS Waffen Konvention 1998, OAS Transparenz Konvention 1999).

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Venezuela sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) von 2015 beträgt die Piraterie-Rate von Software in Venezuela 88 Prozent und ist damit gegenüber dem vorherigen Erhebungsjahr (2013) unverändert geblieben. 2015 beliefen sich die Verluste durch Piraterie in Venezuela auf geschätzte 402 Millionen US-Dollar und waren somit deutlich niedriger als im Vorerhebungsjahr (2013: 1,030 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 13

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Oktober 2016)

Die Regierung nennt folgende Hauptziele ihrer Außenpolitik: Die Integration Lateinamerikas; eine solidarische Energiepolitik in Lateinamerika und der Karibik; die Unabhängigkeit Venezuelas, vor allem auch der Erdölindustrie vom Einfluss der USA und den Aufbau einer multipolaren Weltordnung. Venezuela setzt sich nachdrücklich für die Vertiefung der Union Südamerikanischer Nationen (spanisch: Unión de Naciones Suramericanas - UNASUR) ein. Diese bemüht auch um Vermittlung im innenpolitischen Konflikt Venezuelas, wird jedoch von der Opposition als parteiisch kritisiert. Venezuela hat die Errichtung einer südamerikanischen Entwicklungsbank Banco del Sur (Bank des Südens) vorangetrieben. Ziel ist, in den lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela) nationale und regionale Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Hauptsitz der Bank ist Caracas; Zweigstellen sollen in Buenos Aires und La Paz errichtet werden. Der ehemalige Präsident Chavez unterhielt viel beachtete persönliche Freundschaften zu den Staatsoberhäuptern von Kuba, Iran, Weißrussland und Syrien. Sein Nachfolger Maduro pflegt diese Beziehungen grundsätzlich weiter, aber weitaus weniger öffentlichkeitswirksam. Kuba bleibt weiterhin abhängig von venezolanischen Ölimporten. Das Verhältnis zu den USA ist von Spannungen geprägt. Präsident Maduro wirft Nordamerika vor, Umsturzversuche gegen ihn zu planen und die Wirtschaft zu sabotieren. Die USA verhängen seit 2014 Sanktionen gegen sieben venezolanische Regierungsfunktionäre, die sie für Menschenrechtsvergehen im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung der Massendemonstrationen im Frühjahr 2014 und Korruption verantwortlich machen. Bei aller konfrontativen Rhetorik besteht allerdings eine gegenseitige Abhängigkeit: Die USA decken einen zwar schrumpfenden, aber noch immer signifikanten Teil ihres Erdölbedarfs aus venezolanischen Quellen. Gleichzeitig betreibt der venezolanische Staatskonzern PDVSA über seine Tochter Citgo in den USA zahlreiche Raffinerien und Tankstellen. Die USA sind der wichtigste Handelspartner Venezuelas. Venezuela baut das Verhältnis zu China seit Jahren stetig aus. Das Verhältnis Venezuelas zu Kolumbien ist angespannt. Von Mitte 2015 bis Mitte 2016 hielt Venezuela die Landgrenze zu Kolumbien geschlossen. In Europa pflegte Venezuela

traditionell insbesondere zu Portugal, Spanien und Italien engere Beziehungen. Aus diesen Ländern stammen auch die großen Einwanderergruppen, die bis heute die venezolanische Gesellschaft prägen. Seit Amtsantritt der Syriza-geführten Regierung in Athen wurden zudem die Beziehungen zu Griechenland merklich intensiviert.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Venezuela/Aussenpolitik_node.html

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|-------------------------------------------------------------|
| Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987 | Nicht beigetreten | http://www.iaea.org |
| Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998 | Nicht beigetreten | http://www.icao.int |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 | Nicht beigetreten | http://treaties.un.org |

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

| Abkommen | Status | Quelle |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|-------------------------------------------------------------|
| Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003) | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004) | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005) | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Kommentar

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellen Gruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird dazu genutzt, Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Die Regierung Venezuelas geht aktiv gegen den Drogenschmuggel vor.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

| Abkommen | Status | Quelle |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------------------------------------------------------|
| Völkermord-Konvention von 1951 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Anti-Korruptions-Konvention von 2005 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

UN-Berichterstattung

Venezuela übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten, noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das US-Außenministerium befürchtet, Waffenlieferungen nach Venezuela könnten an kolumbianische Rebellen Gruppen weitergeleitet werden. Diese Befürchtungen haben sich in der Vergangenheit immer wieder bestätigt. So wurden bereits 2004 zahlreiche Waffen aus venezolanischen Beständen bei der FARC von der kolumbianischen Polizei entdeckt. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebellen Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Venezuela ins Land geschmuggelt wurden.

Die venezolanische Regierung weist diese Bedenken allerdings von sich. Im Juli 2009 forderte Schweden Venezuela auf, zu erklären, wie schwedische Waffen, die nach Venezuela geliefert wurden, in den Händen der FARC konfisziert werden konnten. Diese Beispiele verdeutlichen, dass in Venezuela eine große Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr besteht.

Obwohl Venezuela den Waffenhandel mit kolumbianischen Rebellen vermeiden möchte, begünstigen die wachsende Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierba-

ren Grenzen im Norden Zentralamerikas den Waffenhandel. Es wird angenommen, dass der größte Teil der Waffen mit Hilfe von Motorbooten geschmuggelt oder per Landroute über die dicht bewaldeten Grenzen nach Kolumbien ausgeführt wird.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 14

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2016)

Die Regierung des gegenwärtigen Staatspräsidenten Nicolás Maduro führt die von dessen Vorgänger Hugo Chavez (verstorben im März 2013) proklamierte Politik des "Sozialismus des XXI. Jahrhunderts" fort. Dieses zunächst marktwirtschaftlich angelegte Wirtschaftsmodell zeichnete sich durch eine im Laufe der Jahre immer dominanter werdende Rolle staatlicher Unternehmen und eine hohe Regulierungsdichte aus. Heute hat die Privatwirtschaft insbesondere im Außenhandel stark an Bedeutung verloren. Kernelement der chavistischen Sozialpolitik sind die sogenannten Missionen, etwa für sozialen Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung oder Bildung zugunsten ärmerer Bevölkerungsschichten. Diese Programme werden weitgehend durch die Ölexporte finanziert und leiden heute unter dem drastischen Preisverfall dieses Rohstoffs (s. aktuelle wirtschaftliche Entwicklung). International orientiert sich Venezuela in Richtung Süd-Süd-Kooperation. Prioritär ist die Mitgliedschaft in einer Reihe lateinamerikanischer Organisationen mit dem Ziel wirtschaftlich verstärkter Zusammenarbeit in der Region (siehe auch 'Außenpolitik'). Bevorzugte Handelspartner sind China und Russland. Daneben besteht eine große Abhängigkeit zu den OPEC-Staaten. Technisch gesehen ist Venezuela bis heute Mitglied beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Die Zusammenarbeit wurde jedoch nach vorzeitiger Tilgung aller Schulden praktisch eingestellt. 2012 ist Venezuela aus dem Internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten (ICSID) der Weltbank ausgetreten, teilweise ist das Schiedsgericht dennoch weiter zuständig, wo es bilaterale Abkommen (wie z.B. mit Deutschland) so vorsehen. Ausgehend von den offiziell zertifizierten Ölvorkommen verfügt Venezuela über die größten Reserven der Welt. Das Rohöl wird insbesondere in die USA und nach China exportiert. Die Ölproduktion durch den staatlichen Ölkonzern PDVSA macht einen Großteil der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes und praktisch die gesamten Exporte aus. Der Staatshaushalt finanziert sich zu 96% aus diesen Exporterlösen. Venezuela befindet sich seit 2014 in einer Rezession, die durch den gesunkenen Ölpreis weiter verschärft wird. Nach einem Rückgang des BIP um 7% im Jahr 2015 wird für 2016 sogar eine Schrumpfung um 10% erwartet. Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs sind knapp, das Gesundheitssystem leidet unter einem drastischen Mangel an Medikamenten und anderen medizinischen Gütern. Im Frühjahr 2016 wurde die Unterversorgung der Bevölkerung durch El Niño bedingte Stromausfälle und Rationierung von Trinkwasser verschärft. Die Inflation betrug im Jahr 2015 etwa 180% und wird 2016 nach IWF-Schätzung bei 500% oder höher liegen. Die Arbeitslosigkeit ist offiziellen Angaben zufolge mit circa 8% im regionalen Vergleich eher niedrig. Allerdings sind die Statistiken wegen des hohen Anteils an informeller Beschäftigung nicht mit europäischen Zahlen vergleichbar.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Venezuela/Wirtschaft_node.html

Tabelle 16

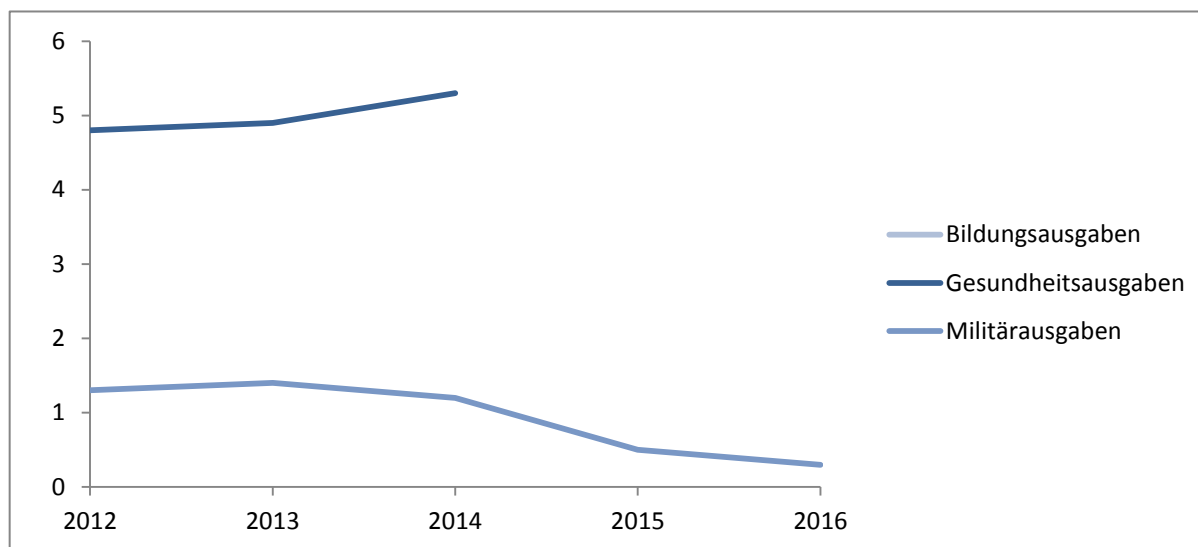
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|------------------------------------------|-------|-------|-------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 16208 | 17389 | 11692 | 5265 | 2336 |
| Militärausgaben/BIP | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 0,5 | 0,3 |
| Gesundheitsausgaben/BIP | 4,8 | 4,9 | 5,3 | - | - |
| Bildungsausgaben/BIP | - | - | - | - | - |

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Auslandsverschuldung | 124522 | 134809 | 134635 | 135884 | 123666 |
| Anteil am BIP (in Prozent) | 35,35 | 39,39 | 56,49 | - | - |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)* | 31,5 | 31,49 | 25,41 | 27,28 | 27,02 |
| Net ODA (% of GNI)* | 0,01 | 0,01 | 0,01 | - | - |
| Deutsche ODA Zahlungen* | 7,99 | 7,88 | 6,95 | 8,05 | 10,82 |

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2014); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2014).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Militarisierungswert | 545,2 | 578,1 | 583,2 | 569,5 | 572,6 |
| Index-Platzierung | 102 | 86 | 83 | 86 | 85 |

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | |
|-----------|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Brasilien | Militarisierungswert | 596,2 | 598,1 | 595,4 | 593,4 | 593,5 |
| | Index-Platzierung | 78 | 78 | 76 | 75 | 75 |
| Kolumbien | Militarisierungswert | 627,1 | 634,5 | 636,2 | 625,6 | 629,8 |
| | Index-Platzierung | 65 | 57 | 55 | 56 | 55 |

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2016: <http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>
Die Platzierung der Länder kann aufgrund der Berechnungsmethode nur innerhalb eines Jahres verglichen werden, ist jedoch zur Veranschaulichung hier aufgeführt. Durch eine unterschiedliche Datenbasis in den einzelnen Jahren variiert die Anzahl der erfassten Länder in den einzelnen Jahren, so dass die Platzierung nicht über verschiedene Jahre hinweg verglichen werden kann.

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

| | | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|-----------|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Brasilien | Militärausgaben (absolut) | 24574 | 24708 | 25201 | 24618 | 22839 |
| | Militärausgaben/BIP | 1,5 | 1,5 | 1,4 | 1,4 | 1,3 |
| Kolumbien | Militärausgaben (absolut) | 8455 | 9206 | 9081 | 9127 | 9930 |
| | Militärausgaben/BIP | 3,2 | 3,3 | 3,1 | 3,1 | 3,4 |

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| HDI-Wert | 0.761 | 0.763 | 0.764 | 0,762 | 0,767 |

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Während Venezuela am Beginn des 21. Jahrhunderts seine Auslandsverschuldung zunächst senken konnte, ist diese in den vergangenen Jahren angewachsen. Trotz gestiegener Einnahmen durch die Ölförderung wird die Auslandsverschuldung nicht gesenkt und in die Sektoren nur moderat investiert. Zwar hat Venezuela auch wegen den hohen Ölpreisen in der Vergangenheit die Militärausgaben stetig erhöht, doch sind diese weiterhin auf einem moderaten Niveau. Kritisch in diesem Zusammenhang waren die finanziellen Sonderzuweisungen an das Militär im Rahmen des „Ley Paraguas“ in den vergangenen Jahren. Es gibt Hinweise, dass dieses Gesetz inzwischen zurückgenommen wurde. Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass weiterhin Sonderzuweisungen aus den Erdölerlösen an das Militär fließen und so im offiziellen Haushalt nicht aufgeführt werden. Anzunehmen ist daher, dass der tatsächliche Verteidigungshaushalt ein deutlich größeres Volumen aufweist, als die offiziellen Angaben verdeutlichen.